

Aus dem Vorstand

Wirkungsbericht Finanzreform 08: Ausgaben-schere öffnet sich zu Lasten der Gemeinden!

- An einer gesonderten Medienkonferenz informierte der VLG über den Wirkungsbericht Finanzreform 08. Obwohl der Verband bei der Erarbeitung der Botschaft im Rahmen einer Projektorganisation beteiligt war, ist er der Ansicht, dass er seine Botschaften besser kommunizieren kann, wenn er alleine auftritt. Dasselbe gilt auch für den Regierungsrat. Die einzelnen Rollen können so besser zur Geltung kommen. Der getrennte Auftritt ist also nicht Ausfluss eines Zerwürfnisses zwischen VLG und Regierungsrat.
- Der Verband Luzerner Gemeinden begrüsst den Bericht zur Finanzreform 08 und geht mit dem Regierungsrat einig, was die Betrachtung der Vergangenheit anbelangt. Die damals gesteckten Ziele konnten dabei weitestgehend erreicht werden. Für die Zukunft malt der VLG aber ein eher düsteres Bild. Er ist überzeugt, dass sich vorab aufgrund neuer Gemeindeaufgaben die Ausgaben-schere zu Lasten der Gemeinden entwickelt. Die grössten Baustellen sind dabei der Kostenteiler Bildungswesen, die Pflegefinanzierung sowie das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR). Der VLG fordert, dass diese Problematik gemeinsam mit dem Regierungsrat angegangen wird, damit das Erfolgsmodell Aufgabenteilung im Sinne eines starken Kantons mit starken Gemeinden in die Zukunft geführt werden kann.

Gemeinden mit neuen Aufgaben belastet

- Der VLG vertritt nun aber bei der Beurteilung der Zukunft eine andere Ansicht als die Regierung in seiner Botschaft. Währenddessen der Regierungsrat davon ausgeht, dass inskünftig keine einseitigen Kostenentwicklungen zu erwarten sind, ist der VLG überzeugt, dass sich die Ausgaben-schere zu Lasten der Gemeinden öffnet, wenn nicht Gegensteuer gegeben wird.

Verschiedene kostenintensive Aufgaben sind nämlich seit der Einführung der Finanzreform 08 auf die Gemeinden zugekommen. So belastet die Pflegefinanzierung die Gemeindebudgets seit 2011 massiv, ohne dass eine Besserung in Sicht wäre. Auch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) wird ab 2013 die Gemeindekassen weit mehr belasten als in der entsprechenden Botschaft angenommen wurde. So wurden die Gemeinden in den letzten paar Jahren mit deutlichen Kostensteigerungen konfrontiert. Dabei schlagen auch Entwicklungen im Bildungsbereich (bspw. schulergänzende Betreuungsangebote, zweijähriger Kindergarten IF und Sonderschulung) zu Buche. Die Prognosen des Regierungsrates im Bericht beruhen denn auch weitestgehend auf teilweise veralteten Planzahlen. Die ganze Negativ-Entwicklung wird noch durch die Tatsache begünstigt, dass in vielen Gemeinden infolge der Steuergesetzrevision deutlich kleinere Steuererträge hereinkommen.

Kostenteiler Bildungswesen auf 50:50 senken

- Neben der Prüfung von Massnahmen gegen das ungebremste Kostenwachstum im Rahmen der Evaluation der Pflegefinanzierung soll nebst andern Massnahmen auch eine mögliche Plafonierung der Restkosten der Gemeinden geprüft werden. Sodann steht für den VLG nach wie vor die Veränderung des Kostentellers Volksschule im Vordergrund. Er hält weiterhin am Ziel eines Kostentellers 50:50 fest und verlangt, dass Kanton und Gemeinden eine mögliche Umsetzung zusammen an die Hand nehmen. Sodann ist auch die Art und Weise der Mitwirkung der Gemeinden im Bildungsbereich zu verbessern. Dies ist im Wirkungsbericht als Massnahme erwähnt und wird ausdrücklich begrüsst. Der VLG will aber auch ein allfälliges Leistungsausbauratorium prüfen. Nach wie vor bezahlen die Gemeinden 75% der Kosten der Volksschulen. Als dritter Punkt verlangt der VLG eine kantonale Beteiligung an den Einführungskosten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes (K-ESR).

Aktuell

Gemeindewahlen 2012: Ergebnisse auf der VLG Website

- Am 17. Juni 2012 fanden in insgesamt 10 Luzerner Gemeinden die zweiten Wahlgänge statt. Der VLG stellte die Resultate wiederum sofort auf seine Website. Damit ist das Gemeindewahljahr beinahe abgeschlossen und es konnten alle Sitze besetzt werden. Aufgrund von Fusionen finden in einigen Luzerner Gemeinden die Wahlen in die Gemeindeexekutiven erst im August statt.

LUNet und IT-Treuhand: Rückmeldefrist läuft

- Bereits hat eine grosse Zahl von Gemeinden sowohl zur Umfrage betreffend IT-Treuhand als auch für den LUNet-Glasfaseranschluss eine entsprechende Rückmeldung gemacht. Gegenwärtig ist bei den Regierungsstatthaltern noch eine Abklärung im Gang, ob es es sich bei der Verpflichtung des LUNet-Anschlusses für 13 Jahre um einen Sonderkredit handelt. Die Ergebnisse der Beurteilung werden allen Gemeinden noch zugestellt. Entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse sind aber so oder so bis Ende August möglich, es kann ein entsprechender Genehmigungsvorbehalt angebracht werden.

Weiterbildungsseminar für neue Gemeinderäte

- Die Daten für das Tagesseminar für neue Gemeinderäte stehen. Es wird dreimal an folgenden Daten durchgeführt.:
 - Donnerstag, 30. August 2012
 - Dienstag, 4. September 2012
 - Donnerstag, 13. September 2012

Das Seminar wird an der Hochschule für Wirtschaft in Luzern (Bahnhof) durchgeführt. Die Anmeldeunterlagen mit dem Programm werden demnächst an alle Gemeinden verschickt. Das Tagesseminar gibt einen Überblick über die Aufgaben und die Rolle einer Gemeindeexekutive.

VLG lehnt Anhebung der Prämienverbilligung ab

- Im Rahmen der Vernehmlassung äusserte sich der VLG positiv zur Absicht des Regierungsrates, Ungerechtigkeiten in Form von sog. Schwelleneffekten zu beseitigen. Vorangegangen dazu war das Projekt „Arbeit muss sich lohnen“. Ziel muss es sein, dass sich eine Erwerbsarbeit in jedem Fall lohnen muss. Heute gibt es u.U. Situationen,

wo Personen mehr Geld im Portemonnaie haben, wenn sie in der Sozialhilfe sind, als wenn sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Der VLG lehnt es allerdings ab, die Summe für die Prämienverbilligung anzuheben. Sie beträgt gegenwärtig ca. CHF 177 Mio. Allfällige strukturelle Massnahmen sind im Rahmen dieses Betrages zu bewerkstelligen, da die Gemeinden bei einer Erhöhung auch die Hälfte dazu bezahlen.

Mutationen im Bereich Finanzen und Justiz

- Aufgrund der Wahl in den Vorstand verlässt der Schlierbacher Gemeindeammann und Kantonsrat Armin Hartmann den Bereich Justiz und Sicherheit. Ihren Rücktritt aus dem Bereich Finanzen hat ebenfalls die Hitzkircher Gemeinderätin Luzia Ineichen angekündigt, da sie innerhalb der Gemeinde das Ressort gewechselt hat. Die Bereiche sind nun daran, die Nachfolge zu regeln.

Überprüfung der privaten Spitex-Organisationen abgeschlossen

- Aufgrund der neuen Pflegefinanzierung hat die BDO AG im Auftrag des VLG bei den privaten Spitex-Organisationen und den freischaffenden Pflegefachpersonen erstmals eine Prüfung durchgeführt. Die Prüfberichte liegen nun vor und die Organisationen wurden mit den Ergebnissen bereits bedient. Die Liste wird ab 1. Juli 2012 im Sinne einer Empfehlung und als Hilfestellung für die Gemeinden auf der Homepage des VLG aufgeschaltet. Sie enthält eine Übersicht der Spitex-Pflegevollkosten 2012 für Kinderspitex, freischaffende Pflegefachleute und private Spitex-Organisationen.

Vernehmlassungen

Momentan sind folgende Vernehmlassungen hängig:

- Verordnung zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR); Frist: 24.08.12

Verabschiedete Vernehmlassungen:

- Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und Harmonisierung der Baubegriffe; Frist: 29.06.12
- Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (IPV) [Schwelleneffekte]; Frist: 30.06.12